

Eise Stolle
geb. Hinz
mach Dir keine lächerlichen
Sorgen, denn auf Dein Outfit
haben wir mit keiner was
bergen.
H. Stolle.

Veilpar. Viehbehalter
Vieh-Lebertran-Cauliflon
Rats-Apotheke

Mottenfrab
verhüten, heißt
sich versichern
gegen Aerger u.
Verluste. Unbedingt
sichere Einstaub-
mittel, Verab-
lungsmittel erhält.
Sie preiswert in der
Drogerie Kamm
Hoheweg 48 (Ecke)

Beisabban für Möbel!

Schlafstimm, echt Eiche,
kpl., mit weißem Marmor,
Schrank 1,60 m br. 490.—,
Bettg., 1,80 m breit 510.—,
Speisezimmer, kompl. Eiche,
mit echten Lederhühlen
und Federhül.
Büffett, 1,40 m, Stroh, 1,10 m
380.— Mark,
Bettg., Büffett, 1,60 m br. 440.—,
Bettg., Büffett, 1,80 m br. 450.—,
Eingelkassette, Eiche, 1,40 m
breit 170.— Mk.,
1,80 m breit 250.— Mk.,
1,80 m breit 290.— Mk.,
Eingelkredenzen, Eiche,
1,10 m breit 95.— Mark,
Eichene Schale mit echt Nind-
leder u. Federhül. 17.— Mk.,
Nachtstühle 7,50 Mark,
Eisenbetten, kompl., mit Matz.,
33 mm Rohrstärke, 38.— Mk.,
Eisenbetten
mit Matzematz. 35.— Mk.,
Sofas 85.—, 95.— u. 110.—,
Außenkassens mit Roll-
anlege, 3 teilig, mit Stuhl,
28.—, 24.— u. 22.— Mk.,
Chaiselongues
33.—, 42.— u. 44.— Mark,
Küchen, gelblich-weiß, leicht-
möglich ausgelegt, 6 teilig,
von 125.— Mark an
Kleintisch, große Auswähl,
Nachtische, Wandstische,
Blumen- u. Kaktustischchen,
Nachtische überst. preiswert,
Spielstühle prima Nuss-,
14.—, 15.—, 16.—, je n. Größe,
Nachtische,
Eiche, mit Glaspl., 25.— Mk.,
Beistellchen,
Eiche, m. Marmor, 120.— Mk.,
Süße- und Nusschalenstühle
Strohweg 82, 49f. links
Stein haben
(früher Zigarenfabrik Staben
& Winterfeld), Lieferung frei.
Geringe Lihofen, daher
billige Preise.

H. Arnecke.

Edüer-Martin-Galbe
geg. Gaus-Gülden u. öfene
Beine. Staatsanwalter.

Kleine Anzeigen
wie Käufe und Ver-
käufe usw. in einer
Arbeiter-Zeitung
haben bestimmt
große Erfolge!
Das
**Halberstädter
Tageblatt**
mit seinem weiten Ver-
breitungsgebiet ist die
geeignete Zeitung für
die arbeitende
Bevölkerung.

Zwangsversteigerung.
Im Wege der Zwangsversteigerung soll das im
Grundbuch von Halberstadt, Band 33, Blatt Nr. 1592
eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück
am 4. August 1931, vormittags 10 Uhr
an der Gerichtsstelle, Richard Wagnerstraße Nr. 52,
Zimmer Nr. 8, versteigert werden.
Nr. 1. Gemarkung Halberstadt, Gartenblatt Nr. 41,
Kazelle Nr. 189, Grundbesitzmutterrolle Artikel
4009, Gebäudeteuerrolle Nr. 1071, Wohnhaus
Johannesbrunnen Nr. 21, mit Hofraum und Stall,
Größe 61 qm, Gebäudeteuerungsmerk 300 Mark.
Der Versteigerungsantrag ist am 21. April 1931
in das Grundbuch eingetragen.
Als Eigentümer war damals der Kaufmann
Ferdinand Launemann in Leisnig eingetragen.
Der Termin am 2. Juli 1931 wird gemäß § 43
S. 2. E. aufgehoben.
Halberstadt, den 21. Mai 1931.
Das Amtsgericht.

Bücher sind Freunde!
Zu haben Volksbuchhandlung Halberstädter Tageblatt

Waschstoffe fürs Sommerkleid

soeben eingetroffen — in Riesennengen — in einer
Riesenauswahl! Wir führen in diesem Jahr in Voiles,
Mousselines und Washkustseiden entzückende Dessins
und alles so billig, daß man sich statt eines Kleides gleich
mehrere kaufen kann.

Waschmuffelne weich wie Wolle, ganz neue Druckmuster, Mtr. 75 53	38 Pf.	Kunstseidener Beiderwand in einfarbig und gestreift für Kleider und Schürzen Meter 1.10	75 Pf.
Kunstfled-Druck in modernen Dessins Meter 75	45 Pf.	Zefir u. Oxford für Sporthemden Meter 95 70	35 Pf.
Kunstfled id.-Druck in wunderv. Pastelltönen, mit kl. Must., Mtr. 1.20	90 Pf.	Natté weiß und farbig, für Sportkleider, Meter 95	68 Pf.
Woll-Musseline die neuesten Nachmuster- ungen . Meter 1.90	1.25	Kleider-Rips indianenr., alle Farben Meter 1.40	95 Pf.
Woll-Musseline in wundervoll. Sommer- farben . Meter 2.70	2.20	Trikotine feinste engl. Qual. f. Kleider u. Pyjamas, alle Farb. Meter	1.35
Voll-Voiles hochparter Neuheiten Meter 2.60	95 Pf.	Mako rosé nil, blau für Strandanzüge Meter 95	58 Pf.
Neuheit seidenartiger Kompositstoff karziert und dazu pass. Anstoff . Meter	1.70	Trikotine gestreift und karziert, für feine Oberhemden Mtr. 1.30	95 Pf.
Indanthrenstoffe für d. mod. Haus- u. Garten- u. Wanderkleid, Mtr. 95	75 Pf.	Voile weiß 1 1/2/1 1/4 breit Meter 1.30	95 Pf.
Beiderwand in einfarb. u. gestreift, das daneh. Gewebe, Mtr. 70	45 Pf.	Wash- Kunstseide einfarbig großes Sortiment . Meter	65 Pf.

Seiden

Seiden-Leinen der prakt. Stoff für das waschb. Kleid, weiß und helle Farben . Meter	1.50	Kunsts. Drucks aus Bemberg und Agfa- Travis, neue Muster, in einem. Ausw., m. 2.80	1.60
Douppion der mod. Stoff für das Sportkleid, alle Pastell- farben . Meter 3.50	2.80	Georg.-Drucks neue entzück. Muster für das eleg. Hodsommer Kleid Mtr. 6.50 5.90	4.75
Honan beste asiatische Qualität für das elegante Kleid Meter 4.50	3.90	Maroc-Druck die neuen kleinen Muster auf pastellfarbig. Grand Meter 5.90	3.75



Ehstein

DAS FÜHRENDE KAUFHAUS

Zwangsversteigerung.
Im Wege der Zwangsversteigerung soll das im
Grundbuch von Schwanebeck, Band 39, Blatt
Nr. 1259 A, eingetragene, nachstehend beschriebene
Grundstück
am 4. August 1931, vormittags 9 Uhr
an der Gerichtsstelle, Richard Wagnerstraße Nr. 52,
Zimmer Nr. 8, versteigert werden.
Nr. 3. Gemarkung Schwanebeck, Gartenblatt
Nr. 11, Kazelle Nr. 730/128, Grundbesitzmutterrolle
Artikel Nr. 1672, Gebäudeteuerrolle Nr. 742,
Wohnhaus mit Hofraum und Hausgarten und
Kazelle Nr. 831/128, Stall, Schuppen Nr. 17,
Größe 3 ar, 67 qm, Gebäudeteuerungsmerk
153 Mark.
Der Versteigerungsantrag ist am 23. Oktober
1930 in das Grundbuch eingetragen.
Als Eigentümer war damals der Maurer
Friedrich Eise und dessen Ehefrau Anna geb.
Wietzke in Schwanebeck, je zur Hälfte ein-
getragen.
Halberstadt, den 21. Mai 1931.
Das Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.
Im Wege der Zwangsversteigerung soll das im
Grundbuch von Halberstadt, Band 3, Blatt Nr. 378
eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück
am 4. August 1931, vormittags 10 1/2 Uhr
an der Gerichtsstelle, Richard Wagnerstraße Nr. 52,
Zimmer Nr. 8, versteigert werden.
Nr. 1. Gemarkung Halberstadt, Gartenblatt Nr. 43,
Kazelle Nr. 87, Grundbesitzmutterrolle Artikel
167, Gebäudeteuerrolle Nr. 917, Wohnhaus Dobe-
weg 47, mit Hofraum ufm. Größe 9a, 62 qm, Gebäu-
deteuerungsmerk 3900 Mark.
Der Versteigerungsantrag ist am 4. Mai 1931
in das Grundbuch eingetragen.
Als Eigentümer war damals der Kaufmann
Gustav Wehrns in Halberstadt eingetragen.
Halberstadt, den 21. Mai 1931.
Das Amtsgericht.
Der Zwangsversteigerungstermin Eise: Schwane-
beck, Ausbacherplatz Nr. 15a,
am 11. August 1931 ist aufgehoben.
Halberstadt, den 21. Mai 1931.
Das Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.
Im Wege der Zwangsversteigerung soll das im
Grundbuch von Dingelstedt, Band 1, Blatt Nr. 16
eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück
am 18. August 1931, vormittags 9 Uhr
an der Gerichtsstelle Petershof, Zimmer Nr. 16 ver-
steigert werden.
Nr. 1. Gemarkung Dingelstedt, Grundbesitz-
mutterrolle Artikel 16, Gebäudeteuerrolle Nr. 89,
Gausgrundstück, Deutsche Seite 144 mit Hofraum,
Hausgarten, Scheune, Schuppen, Stall ufm., Ge-
bäudeteuerungsmerk 150 RM.
Der Versteigerungsantrag ist am 17. März 1931
in das Grundbuch eingetragen.
Als Eigentümer war damals die Ehefrau des
Schlossers Richard Thomas, Marie geb. Weh-
der in Dingelstedt eingetragen.
Halberstadt, den 20. Mai 1931.
Das Amtsgericht.

Schlachthof-Freibant Donnerstag
von 8 bis 10 Uhr
Rind- und Schweinefleisch, rot.



Fort mit dem Geschwätz

Wo bleiben die Taten der Nazis?

Adolf Hitler hat innerhalb weniger Tage zwei bandwurmartige Reden gehalten — die eine in München, die andere in Weimar —, die die Dornwinde entkräften sollen, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei nichts geleistet hat.

Während ihm die Stennes-Leute vorwerfen, daß das „Braune Haus“ in München die einzige Tat ist, die er vollbracht hat, behauptet das Bürgertum, daß ihm der Einbruch in die „marxistische Front“ mißlungen sei. Das ist richtig.

In der Hitler-Partei regiert nur die Phrase!

Vergeblich sucht man in den Hitler-Reden eine Antwort auf die Frage: Was hat Hitler mit seinen 107 Reichstagsabgeordneten für das deutsche Volk geleistet? Er hat nichts geleistet. Er hat es den im Reichstag zurückgebliebenen Abgeordneten der von den Nazis stets beschimpften Parteien überlassen, sich um die Befestigung des Reichs in den Reichstagen zu bemühen, er hat es ihnen überlassen, die Ordnung der Finanzen aufrechtzuerhalten und die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung sicherzustellen, er hat es ihnen überlassen, die große schwere Not nach besten Kräften abzuwehren.

Im täglichen Kampf versucht die organisierte Arbeiterklasse Deutschlands, die Not zu überwinden — Hitler aber, der große Hitler, hält nur phrasenreiche Reden,

die erkennen lassen, daß dieser nationalsozialistische Führer von dem Elend der Volksmassen keine Ahnung hat, daß er nicht weiß, unter welchen ungeheuren Opfern sich die deutsche Arbeiterklasse die politische Freiheit, die sie schätzt und schützt, erkämpft und errungen hat.

Wie erbärmlich klein ist doch der Kampf der Hitler-Partei. Die sozialdemokratischen Massen haben sich ihre gewaltige Organisation aus eigener Kraft aufgebaut. Sie haben Großden und Großden zusammengetragen und ein Bollwerk gegen jene aufgerichtet, die da glauben, das schaffende Volk für alle Zeiten unterdrücken und ausbeuten zu können. Herr Hitler aber erzählt, daß er „persönliche Darlehen aufgenommen habe, um die allernötigsten finanziellen Grundlagen für den Wiederaufbau der Organisation zu schaffen“. Er jagt, er finanziere den

Luxus, der im „Braunen Haus“ aufgewendet

wird: „Unzählige Versammlungsbesucher aus den besser-situierten Kreisen unseres Volkes, die für Kino, Theater, für Bälle und Konzerte zum Teil sehr beträchtliche Preise bezahlten,“ sollen entsprechend geschöpft werden. Das ist ein deutliches Eingeständnis dafür, in welchen Kreisen die Gönner von Hitlers „Arbeiterpartei“ sitzen.

Hitler verachtet die Massen, das geht aus verschiedenen Stellen seiner neuesten Reden hervor.

niffer von Braunschweig machen wollen, in der Erkenntnis, daß nur die „Fähigsten“ regieren sollen? Heute ist Stennes Rebelle, Verleumder — seine „rassistische Qualität“ hat in Hitlers Augen nicht lange vorgehalten.

Vor der SA in München erklärte er: „Wir sind die Repräsentanten des deutschen Lebens, nicht nur der Gegenwart, sondern auch der Zukunft, wir tragen das deutsche Schicksal. In unserem Lager ist heute Deutschland, das deutsche Schicksal! Seine Partei zählt über sechs Millionen Wähler und Wählerinnen, aber das ist noch nicht der höchste Teil von mehr als vierzig Millionen Wahlberechtigten. Es ist also Größenwahn, zu behaupten, daß eine solche Partei Deutschland ist.“

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zählt rund zwei Millionen Stimmen mehr als die Hitler-Partei. Aber es ist noch keinem Sozialdemokraten eingefallen, zu sagen, daß seine Partei Deutschland wäre. Deutschland — das sind wir alle.

Wenn auch kein Sozialdemokrat größenwahnsinnig wird, weil seine Organisation groß, gewaltig und unergründlich dasteht — die Hitler-Partei ist da doch nur ein schlechtnachgemachtes Gebilde —, so glauben wir doch nicht an Wunder, wie es Herr Hitler tut.

Wunder und Glaube im Hakenkreuz

Der Träumer Adolf Hitler, der in der Politik an Wunder glaubt, sagte zu seinen Münchener SA: „Denn das ist das Wunder, das wir heute erleben: der wilde Stur der Gegner hat sich wieder das zu sich selbst zurückgewundene deutsche Volk entgegengesetzt durch euch und in euch.“

Wenn wird das Wunder eintreten, daß durch Hitlers Phantasien die Massen genug zu essen haben, die Kriegserüppel von Anno dazumal wieder gesund werden und die Kriegstrauern ihre Männer, die Kriegserwaischen ihre Väter wieder erhalten? Herr Hitler, der Wundergläubige, mag antworten, wenn er kann!

Mögen die SA und die SS an Wunder glauben, mag Hitler sich und die Seinen an seinen Phrasen berausigen — die sozialistischen Massen werden sich die in jahrzehntelangen Kämpfen erungene Erkenntnis, daß sie sich gegenseitig helfen müssen, daß das Werk der Befreiung ihr eigenes Werk sein muß, nie und nimmer nehmen lassen.

Hitler ist sich denn auch bewußt, daß er die Versprechungen gegenüber dem Bürgertum, die „marxistische Front“ niederzurufen, nicht erfüllt hat und nicht erfüllen kann.

„Die Masse ist verblendet“

sagt er: „Die große Masse hat an sich verstandesmäßig nicht die Fähigkeit, das Notwendige zu sehen, sie ist verblendet, ihr Verstand ist selten klar.“ Hitler meint also, das Volk sei zum dummen, sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Dieser Volksverächter weiß nicht, unter welchen unerschöpflich anstrengungen die klassenbewußte Arbeiterklasse an ihrer eigenen Bildung unangeseht arbeitet; er weiß nicht, von welchem Wissensdurst, von welchem Bildungshunger sie erfüllt ist! „Wissen ist Macht!“ Diesen Ruf Wilhelm Liebknechts hat die deutsche sozialdemokratische Arbeiterklasse beherzigt.

Hitler, der selbst einmal Arbeiter war, aber nie Verständnis hatte für das große und edle Wollen der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse, macht sich an, über das Klassenbewußtsein zu spotten: „Eine Bewegung, die die Massen wiedergewinnen will, muß den Weg vom Verstande zum Instinkt finden.“ Das könnte

Herrn Hitler so passen, ein Volk in den Abgrund zu führen — ohne Verstand, ohne Wissen! Früher haben die pommerischen Junker gesagt: Wozu gute Schulen, wozu lesen lernen — das treibt die Kinder, groß geworden, doch zu den Sozialdemokraten.

Heute sagt Hitler: Weg vom Verstand!

Man höre den Phrasenheld in Reinkultur: „Wenn ich die rassistische Qualität zu haben verstände, dann muß ich dieses Volk regieren lassen von der Auslese seiner fähigsten Köpfe auf allen Gebieten. Nicht die Mehrheit wird Weisheit sein, nicht die Mehrheit wird Talents sein, nicht die Mehrheit ist Genialität, sondern immer nur die einzelne Person.“ Jetzt nur noch, daß Hitler sagt: Nur das Genie Hitlers hat er nicht erst vor Monaten Herrn Stennes zum Mi-

Die deutsche Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften sind das unerschütterliche Bollwerk, gegen das Hitler vergeblich anrennt

Auch seine Phrasen vor den Weimarer Gauführern täuschen darüber nicht hinweg: „Ist nicht aus unserer Arbeit heraus, in einer Zeit, in der alles zerfällt, in Deutschland ein hartes Instrument geschaffen worden für den Kampf unseres Volkes? Haben wir nicht eine gigantische Organisation aufgebaut?“ Herr Hitler entschuldigend sich bei seinen bürgerlichen Auftraggebern, daß er bis zur Stunde nichts gegen die organisierte Arbeiterklasse erreicht hat. Er lobt sich und seine Organisation, als wäre sie Selbstzweck, über den grünen Äste.

So bescheiden er hier ist, so großsprecherisch ist er an anderer Stelle:

„Ich glaube, in der Zeit der schlimmsten Erniedrigung unseres Volkes sind wir das beste Stück der deutschen Geschichte.“

Wie lächerlich! Die sozialdemokratische Arbeiterklasse hat die Einheit und den Bestand des Reiches gerettet. Sie ist, um Adolfs Worte zu gebrauchen, „das beste Stück der deutschen Geschichte“, während die Natio-

nalisten aller Schattierungen der Republik und allen, die für die Freiheit kämpften, in den Rücken fielen.

ICH — ICH — ICH!

In der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gibt es nur ICH, Adolf, den Großen! Es ist genau dasselbe wie zu Wilhelms Zeiten. „Ich führe euch herrlichen Zeiten entgegen“, hat Wilhelm II. gesagt. Hitler sagt:

„Ich bringe es so weit, daß jeder Deutsche einmal Farbe bekennen muß.“

„Ich verlange, daß du entweder mit uns gehst, oder du gehst nicht mit uns — dann bist du gegen Deutschland.“

„Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei habe ich aufgebaut.“

„Ich selbst bin stolz darauf, daß ich einst gehorchen konnte — heute allerdings befehle ich — ich erwarte nun aber auch von anderen, daß sie gehorchen.“

„Ich werde im neuen Heim ein Museum einrichten.“

„Ich werde Erinnerungen sammeln.“

„Wenn ich persönlich das Opfer bringen kann...“

„Ich werde den Nationalsozialismus zum Siege führen...“

Ich — ich — ich! So spricht ein Mensch, der den geistigen Horizont eines altpreussischen Kadetten hat. Er allein ist die Welt. Er will das „Hitlerianische Zeitalter“ —

Hitler mag endlich seine Zunge von einem Gehirn regieren lassen, das weiß, daß das große gewaltige werdendes Menschentums niemals das Werk eines einzelnen war und sein wird. Gerade die größten, die machtvollsten Persönlichkeiten mußten das — und ordneten sich sich still und bescheiden in das gewaltige Werden und Schaffen des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens ein. Großsprecherer haben einem Volke immer nur Unglück gebracht. „Die großen Köpfe eines Volkes sind das höchste Nationaleigentum“, sagt Adolf Hitler. Zu diesen Köpfen gehört er aber nicht!

Merken Sie es sich, Adolf Hitler:

Hohlköpfe, die sich als Führer aufspielten, sind immer das Verderben der Völker gewesen!



Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Wagnispreis halbmöndlich 1 Mark einschließlich Druckerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich (sonntags und Feiertage) mit Ausnahme der Sommer- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unierten Volen und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Nr. 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, O. m. b. H. Verantw. für Inhalt: u. Wirtschaft: Arthur Wollenbrun, für den lokalen Teil: Wilhelm Rindermann, für Reklame u. Inserate: Karl Zreff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Rotationszeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Bekanntmachung 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Jahrgang vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Telefon Nr. 2314), Postfach 440 Waggberg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 120

Mittwoch, den 27. Mai 1931

6. Jahrgang

Neues Notopfer.

„Beschäftigungssteuer“, die neueste Erfindung.

Die Reichsregierung beschließt, wie der Ausschuss des Zentrumspartei mittel, von der Sparermäßigung des Reichsetzes in der Form Gebrauch zu machen, daß sie an dem Etat insgesamt

Ausgaben in Höhe von 200 Millionen Mark streicht. Davon sollen 50 Millionen Mark auf den Etat des Reichsmehrmittlerums entfallen. Von welcher finanziellen Auswirkung die Pläne der Regierung sind

„Reform“ der Arbeitslosenversicherung sind läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Die Art dieser Reform umschließt der „Ausschuss der Zentrumspartei“ wie folgt: „Daher das Gutachten der Brauns-Kommission noch nicht vorliegt, hat man doch über einen Vorschlag schon ernstlich beraten, der dahin geht, die

Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung zu vereinheitlichen, dafür die Gemeinden entsprechend zu finanzieren. Das würde eine Erweiterung der Bedürftigkeitsprüfung bringen, mit anderen Worten, die Prüfung wäre dann schon vorzunehmen, wenn der Arbeitslose aus der eigentlichen Arbeitslosenversicherung herauskommt und nicht erst beim Übergang von der Krisen- zur Wohlfahrtsunterstützung. Man errechnet hier größere Ersparnisse. Schließlich soll eine

Neuregelung der Unterstützung der Saisonarbeiter

etwa derart erfolgen, daß die Sätze denen der Krisenunterstützung angepaßt werden. Ebenso spricht man davon, daß für den Fall, daß soziale Sätze vermehren werden, ein entsprechendes Verdienst da ist, in den tiefsten Fällen auch die Kriegserlöse eine Kürzung erfahren sollen.

Interessen und Bemerkenswert an der Stellungnahme des „Ausschusses der Zentrumspartei“ zu der bevorstehenden Sanierungsaktion des Reichskabinetts ist noch folgender, hauptsächlich

an die Adresse von Bayern gerichteter Passus:

„Was man in der Öffentlichkeit nur zu oft bei der Beurteilung und der Kritik an den Sanierungsmaßnahmen des Reichskabinetts unbedachtlich läßt, ist die unumfängliche Zahl, die keine Sparaktion und keine Sanierung eines Dauerwert haben kann und wird, wenn nicht Länder und Gemeinden dem Bestreben des Reiches folgen und gleiche richtsichere Sparmaßnahmen durchführen. Jedes Land muß durch seine Regierung und Parlamente den Noterforderungen des Reiches gleiche bestimmende Spar-Erlasse anordnen. Das betrifft insbesondere die Vermaltungen in den Wärdern und in den Kommunen. Wir

können uns den Luxus nicht mehr weiter erlauben, daß in der Zeit, in welcher Länder und Kommunen von Reich Hilfe erheben, sie sich andererseits auf sogenannte Hoheitsrechte der Länder stützen und Maßnahmen, von deren Notwendigkeit sie eigentlich überzeugt sind, nur deshalb ablehnen, weil das ohne jene „Hoheitsrechte“ gefährdet erscheinen könnten.“

Inwiefern die Regierung die Länder durch die neue Noterordnung zu ähnlichen Maßnahmen zwingen will, wie sie von ihr für das Reich beschließt, läßt sich zurzeit noch nicht sagen. Überhaupt scheint man hinsichtlich der neuen Noterordnung über die allgemeinen Grundzüge noch nicht hinausgekommen zu sein. Die zurzeit in Regierungskreisen zum Zweck der Sanierung des Reichsetzes zur Förderung stehende

Beschäftigungssteuer.

von der alle in Arbeit stehenden Angestellten und Beamten erfasst werden sollen, ist in der Form beschließt, daß die untersten Gehaltsgruppen vier Prozent ihrer Einkünfte und die obersten zehn bis zwanzig Prozent zur Unterfertigung der Arbeitslosen zur Verfügung stellen.

Vorläufig ist aber die „Beschäftigungssteuer“ einer der vielen Pläne, die zurzeit zur Sanierung des Reichsetzes in Erwägung gezogen werden. Außer dieser Steuer steht neuerdings noch die Verdoppelung der Zuckersteuer im Vordergrund der Erörterungen. Außerdem ist die Erhöhung der Beiträge der Arbeitslosenversicherung um 1 Prozent in Aussicht genommen.

Mit der Veröffentlichung der neuen Noterordnung ist nicht vor der Abreise des Reichstanzlers und Reichsaussenministers noch Chequiers zu rechnen. Ihre Fertigstellung dürfte bis dahin jedoch erfolgen.

Die Beamten lehnen ab.

Der Vorstand des Deutschen Beamten-Bundes erklärte am Dienstagabend im Verlauf eines Presseempfanges, das er aus wirtschaftlichen u. politischen Gründen jede weitere Gehalts-Erhöhung ablehnen müsse. Als Weg einer Deckung des Reichsdefizits beifürwortete er eine allgemeine Abgabe der in Beschäftigung befindlichen Personen zu Gunsten der Arbeitslosen. Gleichzeitig aber müsse die Regierung bemüht sein, so schnell wie möglich auf eine vollständige Herabsetzung der Reparationen zu drängen.

Ende dieser Woche wird der Reichstanzler die Vertreter der Spitzenorganisationen der Beamten zur Entgegennahme ihrer Wünsche empfangen.

Regierungstrife in Oesterreich.

Von F. A. U. f. l. h. W. i. e. n.

Bo Arbeitslosigkeit wüßte, sind Krisen unvermeidlich; wie in dem großen Deutschland so in dem kleinen Oesterreich. Es ist überall das gleiche furchtbare Bild. Infolge Stöckung der Industrie sinken die Einnahmen von Staat, Ländern und Gemeinden, jeder öffentliche Haushalt gerät in Unordnung, überall grünt das Defizit hervor und überall auch die gleiche Bage: es ist unmöglich an den Ausgaben noch nennenswerte Kürzungen vorzunehmen und die Einnahmen durch Steuererhöhungen wesentlich zu steigern. Der Uebertrag der Krise liegt in der Arbeitslosigkeit und wenn es nicht gelang, diese in beträchtlichem Maße zu überwinden, so ist der Bankrott da. Weiß Gott, nicht nur ein Bankrott der Verwaltungen, sondern der nötige und nicht mehr zu verzehrende Bankrott der kapitalistischen Ordnung selbst.

So ungeheuerlich wie im Groß Deutschland sind die Fehlbeträge des österreichischen Bundes natürlich nicht, aber für das kleine Oesterreich sind sie erschütternd genug. Der österreichische Finanzminister hat das Defizit für 1931 auf hundertfünfundzig Millionen Schilling geschätzt. In dieser Höhe ist das Defizit bei den Bundesbahnen nicht enthalten. Es dürfte sich um hundert Millionen Schilling bewegen. Man überlegt es vorläufig mit dem Trost, daß die Pflicht es zu laden erst im nächsten Jahre an den Staat übertragen wird. Inzwischen müssen zunächst die fehlenden hundertfünfundzig Millionen Schilling beschaffen werden: Wie soll das geschehen? Eine Erteigerung der Einnahmen erhofft man von Steuererhöhungen, insbesondere von einer Erhöhung der Getränke- und Zeeölpreise, für die sich die Agrarier einsetzen. Außerdem sollen der Kaffee- und Teeölpreise erhöht werden. Als weitere Maßnahme ist eine Kürzung der Beamteneinkünfte in Erwägung gezogen und zwar so, daß man die jetzt zweimal gewährte Zulage von je dreißig Prozent des Monatsgehältes streicht und den Beamten lösmie Angestellten eine Besoldungssteuer auferlegt.

Ferner denkt man an eine durchgreifende Kürzung der Arbeitslosenunterstützung um vierzig Millionen Schilling jährlich. Natürlich will man auch irgendwelche Spar-, also Beamte ferner als möglich absummen, jedenfalls aber keine neuen einstellen. Mit allen diesen Maßnahmen hofft man das Defizit Herr zu werden. Die Länder und Gemeinden, die in ähnlichen Katastrophen stecken, müßten dem Beispiel der Verringerung der sozialen Ausgaben natürlich folgen.

Nun hat die österreichische Regierung den bequemeren Ausweg einer Noterordnung nicht. Was sie plant, kann nur durch den Nationalrat Gesetzestraft erhalten. Hier ergeben sich politische Schwierigkeiten, die im Augenblicke die Möglichkeit, in Wahrscheinlichkeit einer Regierungstrife in sich bergen. Die drei Parteien, die die Regierung Ender zur Zeit führen (Christlichsozial, Großdeutsche und Landbau) verfügen über 85 Stimmen der Nationalrat besteht aus 165 Mitgliedern, denen 72 Sozialdemokraten und 8 Schillingmehrheiten gegenüberstehen. Die Zentrumspartei unterstützt die Regierung im allgemeinen. Andererseits aber haben die Großdeutschen ihre Hauptstütze nur noch in der Beamtenschaft. Sie sind deshalb gegen die Kürzung der Beamteneinkünfte, wie sie das Regierungsprogramm plant. Ziehen sie aus dieser Haltung die Konsequenzen, dann hat die Regierung Ender keine Mehrheit mehr. Sie müßte also zurücktreten. Das hätte sich schon in der vorigen Woche ereignen können. Man hat die Entscheidung jedoch bis zur Rückkehr des Finanzministers Ender aus Genf vertagt. Was nicht so leicht war, aber für die Regierung nicht weniger beschwerlich als die Haltung der Großdeutschen ist die Entschiedenheit der Sozialdemokraten, eine „Reform“ der Arbeitslosenunterstützung, die den Arbeitslosen an Leben geht, mit allen Mitteln zu bekämpfen. Also kommt der Tag immer näher, an dem die Regierung Ender nicht weiter kann und obwohl dem beschiedenen und klugen Mann aus Borarberg niemand den Sturz wünscht, kann er in diesen Tagen unausweichlich werden.

Was dann? Natürlich würde der Bundespräsident — nach der Verfassungsreform von 1929 wird die österreichische Regierung nicht mehr vom Nationalrat gewählt, sondern vom Bundespräsidenten ernannt — eine Regierung ernennen, oder diese Regierung, wie immer sie zusammengesetzt sein und wer immer sie führen würde, wird sofort vor den gleichen Schicksalstagen stehen, mit dem 3. Oktober Kabinett Ender kampt. Nur die Minister würden anders heißen. Das Schicksal unserer Zeiten ist eben, daß es nur scheinbar politische Schwierigkeiten sind, mit denen man ringt, es sind wirtschaftliche und die werden die Welt. Es gibt keine politische Schwierigkeit, mit der eine entschlossene Partei, mit der die Sozialdemokratie nicht fertig werden könnte, wenn nicht sofort, so in der Zeit. Ihrem Kampf widersteht, das verbringt uns lausenfällige Erfahrung, auf die Dauer keine politische Macht, kein Bourgeois, kein Despot. Aber mit dem Ab, der sich auf die Welt gelegt hat, mit der kalten, graufamen, alles organische Leben einfrühenden Arbeitslosigkeit wird der Kampf nicht aufhören. Immer ausfindlicher. Deshalb wird es immer deutlicher das allgemeine Gefühl: So geht es nicht mehr weiter! Die Regierungstrife, die nicht lösbar sind, sind nur ein Symptom dafür.

Erhöhung der Finanzzölle.

Wien, 27. Mai. (Eig. F. u. M.). Der Ministerrat beschloß am Dienstag, die in Aussicht genommene Erhöhung des Kaffee- und Teezölles. Mit der Erhebung der Beamteneinkünfte wird die Regierung wahrscheinlich heute beschließen.

Sozialisten und Landesverteidigung.

Die Debatte auf dem französischen Parteitag.

Paris, 26. Mai. (Eig. Dr. h. t.). Der Kongreß der französischen Sozialisten legte am Dienstag die Debatte über die Landesverteidigung und Abrüstung fort.

Hg. Loequin erklärte, das wirksamste Mittel gegen den Krieg sei der Generalfriede und ein allgemeiner Volksaufstand. Die Ursache aller Kriege sei die Genußsucht der Schwerindustrie, deshalb verlangten die Sozialisten die allgemeine und gleichzeitige Abrüstung. Hg. Bernard-Ferron, einer der sieben Parlamentarier, die bei der Zolldebatte für die Regierung gekämpft haben, verlangte, daß dem Völkerverbund eine internationale Streitmacht zur Verfügung gestellt und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit in eine obligatorische umgewandelt werde. Der Delegierte De Bail wandte sich gegen die These Paul Boncourts von einer internationalen Armee. Die Abrüstungsfrage beherrschte das Problem der Landesverteidigung und müsse den Mittelpunkt der Entscheidungen des Parteikongresses bilden.

Leon Blum

versuchte in einer langen Rede die verschiedenen in der Debatte zur Sprache gekommenen Gegenstände zu verbinden und auf einen Generalnamen zu bringen. Er stellte fest, daß kein einziger Redner nachgewiesen habe, daß der Internationalismus zu einer Einschränkung der nationalen Idee führe. Der Punkt, über den sich die Sozialisten einig seien, wäre, daß die den Krieg um seinen Preis wollen und daß sie ihn mit allen Mitteln bekämpfen. Einigkeit sei nur nicht über die Mittel vorhanden, mit denen er zu bekämpfen sei. Diese Meinungsverschiedenheiten seien aber nicht so groß, wie sie verschiedene Redner dargestellt hätten.

Wenn die Regierung sich in einen Konflikt einlasse, ohne nicht alle Versuchungsmittel erschöpft zu haben, dann sei es die Pflicht der Sozialisten, den Volksaufstand zu organisieren.

Frankreich könne durch seine Abrüstung eine allgemeine Abrüstung herbeiführen. Der endgültige Friede könne aber nur durch den Triumph des Sozialismus gesichert werden. Die Rede Leon Blums wurde vom Kongreß mit großem Beifall aufgenommen.

Am Schluß der Sitzung wurde zur Formulierung einer Entschiedenheit über die Abrüstungsfrage eine aus 38 Mitgliedern und 12 Stellvertretern bestehende Kommission gewählt, in der alle Richtungen vertreten sind. Die Kommission wird am Mittwoch vormittag

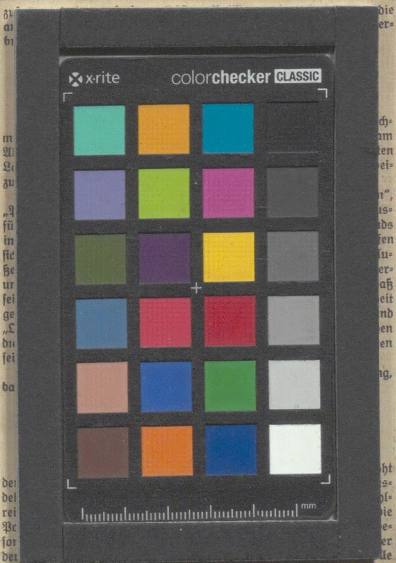


Abbildung des Farbkalibriers (xrite colorchecker CLASSIC) im Originaltext.